

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen,
Organisation und Finanzentwicklung der Stadt Lüdenscheid**

am 07.12.2004

im Sitzungssaal der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH

Anwesend:

Vorsitz:

Erste stellv. Bürgermeisterin Ursula Meyer CDU

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr August-Wilhelm Cordt	CDU	Vertreter für Ratsherrn Bernd Schulte bis 17:10 Uhr
Ratsherr Harald Metzger	SPD	
Ratsfrau Elke Teipel	SPD	
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Ratsherr Holger Triebert	SPD	
Ratsfrau Tanja Tschöke	Grüne	
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU	Vertreter für Ratsfrau Christel Gabler bis 16:50 Uhr
Ratsfrau Marianne Weber	CDU	Vertreterin für Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde
Herr Gerhard Ameln	FDP	Vertreter für Ratsherrn Bruno Schwarz ab 15:40 Uhr
Herr Wolf Reiner Cassel	LL	
Herr Ulrich Noetzlin	SPD	
Frau Christiane Rahmede	CDU	
Herr Ulrich Siebensohn	CDU	
Frau Ramona Ullrich	SPD	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Peter Oettinghaus AfL

Verwaltung:

Bürgermeister Dieter Dzewas
Erster Beigeordneter Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler
Herr Michael Walker
Frau Britta Vogelsang

Schriftführerin:

Frau Petra Kluger

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Christel Gabler	CDU
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde	CDU
Ratsherr Bernd Schulte	CDU
Ratsherr Bruno Schwarz	FDP

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Marcus Kühnel	CDU
------------------------	-----

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:25 Uhr

1. Verpflichtung der sachkundigen Bürger

Es erfolgt die gemeinsame Verpflichtung der folgenden sachkundigen Bürger/innen des Ausschusses für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung:

Herr Wolf Reiner Cassel
Herr Ulrich Noetzlin
Frau Christiane Rahmede
Herr Ulrich Siebensohn
Frau Ramona Ullrich

2. Bestellung einer Schriftführerin und deren Stellvertreterinnen
Vorlage: 286/2004

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Zur Aufnahme der Niederschriften über die Sitzungen des Ausschusses für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung wird einstimmig Frau Nicola Körbi bestellt.

Zu stellvertretenden Schriftführerinnen werden Frau Petra Kluger und Frau Susanne Gerlach bestellt.

3. Öffentliche Fragestunde

Da keine Bürger/innen anwesend sind, ergibt sich kein Gesprächsbedarf.

4. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.09.2004

Die Vorsitzende erinnert an die im elektronischen Sitzungsdienst der Stadt Lüdenscheid gespeicherten Unterlagen und Protokolle sämtlicher Ausschusssitzungen, die von allen Zugriffsberechtigten dort bei Bedarf abgerufen werden können. Sie bittet darum, den Sitzungsdienst künftig reichlich zu nutzen.

Beschluss:

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt.

5. Antrag der SPD-Fraktion

Die Vorsitzende weist auf die Tischvorlage zum TOP hin und erteilt Herrn Metzger zur Begründung des Antrags das Wort.

Zur Beantwortung der Anfrage zu a) greift Herr Blasweiler auf die ebenfalls als Tischvorlage nachgereichte Übersicht über die Gebührenentwicklungen zurück, in der bereits sämtliche Gebührenspiegel in den gewünschten Verbrauchssparten gemäß dem vorliegenden Antrag zusammengestellt wurden.

Hinsichtlich der Teilfrage Buchstabe b) mutmaßt Herr Blasweiler, dass die Erhebung von Vergleichswerten aus benachbarten Städten in einigen der gewünschten Leistungsbereichen auf Grund eines interkommunal sehr unterschiedlich gestalteten Leistungsangebotes und -umfanges nicht sinnvoll und aussagekräftig sei. Das Leistungsangebot in den Bereichen Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Straßenreinigung orientiere sich an den speziellen örtlichen Gegebenheiten in Lüdenscheid, eine Vergleichbarkeit mit anderen Kommunen bestehe nicht. Der Kämmerer schlägt daher vor, mit den gebührenfestlegenden Gremien dieser Leistungsbereiche stattdessen Diskussionen über Optimierungs- und Rationalisierungspotentiale zu führen, um auf eine Gebührenstabilität in Zukunft hinzuarbeiten. Herr Blasweiler bittet den Ausschuss, dass die Verwaltung interkommunale Vergleichswerte nur in den Bereichen Gas, Strom und Wasser erhebt.

Die Teilfrage Buchstabe c) des Antrags wird an die Verwaltung zur Beantwortung weitergeleitet.

Der Ausschuss diskutiert, für welche Leistungsbereiche eine interkommunale Vergleichbarkeit besteht und für welche Bereiche die Verwaltung Vergleichswerte erheben soll.

Herr Metzger verweist hinsichtlich der Verbrauchssparte Abwasser auf die jährlich durch den Ruhrverband vorgelegten Abwasserstatistiken, die bereits sämtliche Städte der Umgebung mit entsprechenden Vergleichswerten enthalten und bittet auf diese zurückzugreifen.

Herr Triebert und Frau Tschöke regen an, in den Bereichen, in denen keine Vergleichswerte erhoben werden können, darzustellen, worin sich die Leistungen der Städte unterscheiden und warum keine Vergleichbarkeit der Leistungsbereiche gegeben ist.

Beschluss:

Die Anfrage wird zur Beantwortung an die Verwaltung weitergeleitet. Die Verwaltung wird beauftragt, in den genannten Bereichen, soweit die Vergleichbarkeit der Leistungen gegeben ist, interkommunale Vergleichswerte zu ermitteln. Im Falle, dass keine Vergleichbarkeit vorliegt, sollen die Unterschiede im Leistungsangebot dargestellt werden.

6. Berichtswesen: Haushalt 2004/2005

Herr Erster Beigeordneter Blasweiler erläutert dem Ausschuss den aktuellen Sachstand zur Haushaltssituation 2004 und gibt zusätzlich einen Ausblick auf Plandaten und Besonderheiten der Jahre 2005 und 2006.

Die Gewerbesteureinnahmen haben sich in 2004 insgesamt sehr positiv entwickelt. Im Dezember 2004 konnte ein Gewerbesteuersoll von über 37,5 Mio. € gegenüber einem Haushaltsansatz von 36 Mio. € realisiert werden.

Herr Blasweiler berichtet, dass die Ämter in 2004 die zugeteilten reduzierten Budgets überwiegend einhalten konnten. Auch das vorgesehene Einsparziel im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) von ca. 800.000 € im Personalausgabenbereich wird in ungefährender Größenordnung, wenn auch unter erheblichen Anstrengungen, erreicht.

Schwierigkeiten haben sich im Jahr 2004 vor allem im Vermögenshaushalt ergeben. Durch das Verbot weiterer Nettokreditaufnahmen durch das HSK und das fortschreitende kostenträchtige Großprojekt „Rathaus/-umfeld“, ist im Vermögenshaushalt eine deutliche Unterfinanzierung eingetreten. Die noch verbleibenden Mittel des Vermögenshaushaltes werden zur Zeit sehr restriktiv gehandhabt.

Herr Blasweiler bestätigt die Pressemeldungen, dass für 2005 ein Defizit von ca. 10 Mio. € im Verwaltungshaushalt erwartet werde. Während in der Finanzplanung im Rahmen des HSK bereits ein Defizit von 3,5 Mio. € eingeplant sei, hätten sich darüber hinaus auf Grund nicht beeinflussbarer externer Faktoren überraschend weitere Verschlechterungen in der Größenordnung von ca. 8 Mio. € ergeben. In Zusammenarbeit mit den Ämtern wurden bereits verschiedene Einsparmaßnahmen ergriffen, durch die eine Gegenfinanzierung des Defizits von ca. 6 Mio. € gewährleistet werden kann. Die Verwaltung wird dem Rat am 17.01.2005 einen beschlussfähigen Verwaltungsentwurf des Haushalts 2005 vorlegen.

Der Kämmerer betont, dass das Jahr 2006 als letztes Jahr im HSK-Zeitraum in strategischer Hinsicht bedeutend wichtiger einzustufen ist als 2005. In 2006 muss es der Stadt gelingen, die laufenden Ausgaben durch laufende Einnahmen zu decken (struktureller Haushaltsausgleich), um nicht nach § 81 GO dem einschränkenden Nothaushaltsrecht unterworfen zu werden. Bereits im aktuellen Haushaltsjahr sind zusätzliche finanzielle Belastungen für 2006 zu vermeiden.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden erläutert Herr Blasweiler, dass das deutlich zu verzeichnende Absinken der Schlüsselzuweisungen aus den Steuereinbrüchen der letzten Jahre und der damit verbundenen Rückzahlung kreditierter Nachforderungsbeträge an das Land resultiert. Zum anderen bestehen im Bereich Hartz IV noch Unsicherheiten und offene Detailfragen, so dass endgültige Daten zur Höhe der Schlüsselzuweisungen noch nicht vorliegen. Auch für das kommende Jahr wird eine ähnliche Entwicklung der Schlüsselzuweisungen befürchtet.

Herr Cordt erfragt, ob die vom Kämmerer mitgeteilte Mehrbelastung in Höhe von 600.000 € im Sammelnachweis B möglicherweise hauptsächlich auf eine drastische Zunahme der städtischen Heizkosten zurückzuführen sei. Auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen würden viele städtische Räume, so z.B. das Kulturhaus und auch Schulen oft überheizt. Herr Cordt bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Heizkosten in dieser Höhe tatsächlich erforderlich waren. Herr Blasweiler bejaht die Zusatzfrage, ob die anstehenden Gebührenerhöhungen, die auch auf die Verwaltung als Verbraucher zukommen, bereits in die Planungen für 2005 einkalkuliert wurden.

Herr Metzger erkundigt sich nach den finanziellen Auswirkungen der kürzlich im Rahmen von „Hartz IV“ erfolgten Personalverlagerungen der Stadt Lüdenscheid zum Märkischen Kreis;

vor allem im Hinblick auf die als steigend angekündigte Kreisumlage. Herr Blasweiler erläutert, dass die finanziellen Auswirkungen für die Stadt Lüdenscheid auf Grund wichtiger noch zu klärenden Detailfragen noch nicht abschätzbar sind. Proberechnungen mit den bisher bekannten Daten zur Kreisumlageerhöhung haben ergeben, dass mit einer Entlastung für die Stadt Lüdenscheid insgesamt zur Zeit nicht zu rechnen ist, im günstigsten Falle entstehen durch die Regelungen zu Hartz IV und die steigende Kreisumlage keine Mehrausgaben.

Herr Walker trägt vor, dass die Kreisumlage momentan mit 44,0 % angekündigt ist. Nach Auskunft des Kreises wird man dort eine Summe von rund 5,6 Mio. € erspartes Wohngeld erhalten, so dass sich daraus ein niedrigerer Kreisumlagesatz von ca. 42,6 % für die Stadt Lüdenscheid ergibt.

Es werden intensiv weitere Fragen zum Themenkomplex Hartz IV erörtert.

Herr Blasweiler berichtet hinsichtlich der Einführung von NKF (Neues Kommunales Finanzmanagement), dass das Thema im 1. Quartal 2005 im Ausschuss aufgegriffen wird. Es ist geplant, NKF zügig und engagiert einzuführen, ein Doppelbetrieb zweier Buchhaltungsverfahren parallel (Kameralistik und Doppik) sei nicht gewünscht.

Beschluss:

Der mündliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

7. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

7.1. Bekanntgabe der Sitzungstermine im 1. HJ 2005

Ratsfrau Meyer gibt die folgenden Sitzungstermine des BOFI für das erste Halbjahr 2005 bekannt:

13.01.2005	Sitzungsbeginn 15:00 Uhr , Personalentscheidung VHS
22.02.2005	Sitzungsbeginn 16:15 Uhr , Beratung des Haushaltes
07.04.2005	Sitzungsbeginn 16:15 Uhr
10.06.2005	Sitzungsbeginn 16:15 Uhr

Die Vorsitzende legt fest, dass die Sitzungen des BOFI in Zukunft generell um 16:15 Uhr beginnen sollen. Lediglich in Ausnahmefällen, in denen der Ausschuss in der Funktion der Personalkommission tagt, soll ein früherer Sitzungsbeginn, d.h. ab 15:00 Uhr, gelten.

Herr Walker kündigt an, dass in den Ratssitzungen zukünftig quartalsweise ein Ausdruck aller im Ratsinformationssystem eingestellten Sitzungstermine verteilt wird. Des weiteren wurde nun auch der BOFI zunächst unter Vorbehalt in den Sitzungsplan des Rates und seiner Ausschüsse aufgenommen. Als regulärer Sitzungstag des Ausschusses ist vorerst jeder Donnerstag der zweiten vollen Woche im Monat vorgesehen.

7.2. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Anfragen zur Beantwortung vor.

7.3. Anfrage zu den städtischen Reinigungskräften

Herr Cassel verliest eine Anfrage zu den städtischen Reinigungskräften, die im Anhang an das vorliegende Protokoll enthalten ist. Die Anfrage soll in der kommenden Sitzung beantwortet werden.

Vorsitzende

Schriftführerin